

18.09.2022

Stellungnahme der Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen zu den Änderungen in der KitaVO

Die jüngste Ankündigung der Landesregierung von Baden-Württemberg, die qualitätsbildenden Standards in den Kindertagesstätten abzusenken und die Kriterien aufzuweichen, ist bei der Landeselternvertretung auf Unverständnis und Verärgerung gestoßen. Die Landesregierung möchte die Vergrößerung der Kitagruppen ermöglichen, um so mehr Kinder betreuen zu können. Für die LEBK ist diese Entscheidung ein Platzvernichtungsprogramm: Die Fachkräfte werden die Verschärfung der ohnehin schon angespannten Arbeitsbedingungen deutlich spüren und die Gefahr, noch mehr qualifiziertes Personal zu verlieren, steigt weiter. Dadurch werden schon auf mittlere Sicht mehr Plätze verloren gehen, als durch die Maßnahmen zusätzlich geschaffen oder erhalten werden. Auch die so dringend benötigten Nachwuchskräfte werden unter diesen Bedingungen nur schwer zu motivieren sein. Für die Landeselternvertretung ist die Entscheidung der Landesregierung daher ein rundweg verheerendes Signal an alle Fachkräfte und darüber hinaus vor allem auch an den Anspruch der frühkindlichen Bildung. Deshalb wird die Landeselternvertretung die Maßnahmen nicht unterstützen.

Irritiert und enttäuscht zeigt sich die LEBK-BW außerdem über die Vorgehensweise der Landesregierung. Gemeinsam mit vielen weiteren Akteur*innen der frühkindlichen Bildung hat sich die LEBK aktiv und engagiert in unterschiedlichen Arbeitsgruppen an der Entwicklung von Maßnahmen beteiligt, die die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte langfristig und nachhaltig verbessern sollen. Eines der Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und den Kooperationspartner*innen waren die Maßnahmen für das Kitajahr 2022/23, die am 1. September in Kraft getreten sind. Die noch im Juli gegebene Zusage des Kultusministeriums künftig keine Ausnahmen bei den qualitätsbildenden Kriterien zuzulassen, ist durch die

Kommunikation und Presse

Claus Mellinger
claus.mellinger@lebk-bw.de

Heike Kempe
heike.kempe@lebk-bw.de

Ankündigung der Landesregierung schon jetzt Makulatur. Statt Fachkräfte und Einrichtungen zu stärken, werden sie weiter geschwächt. Statt in zusätzliches Personal für hauswirtschaftliche und administrative Aufgaben zu investieren, wird den Fachkräften noch mehr Arbeit aufgebürdet. Und dies auch mit der Begründung, dass der Zuzug von geflüchteten Kindern aus der Ukraine Änderungen notwendig mache. Diese Begründung ist haarsträubend! Schließlich sind Platz- und Personalmangel lange bekannt. Die zusätzlichen geflüchteten Kinder verstärken nur den Fokus auf ein bereits vorhandenes Problem.

Die kurzfristige Ankündigung der Landesregierung ohne Abstimmung mit den beteiligten Partner*innen empfindet die LEBK als einen Vertrauensbruch. Die Vorhaben werden die frühkindliche Bildung deutlich und nachhaltig verändern. Das darf aber nicht nebenbei passieren, sondern bedarf einer offenen und vielfältigen Diskussion mit allen Akteur*innen der frühkindlichen Bildung. Daher fordert die LEBK seit geraumer Zeit nachdrücklich einen landesweiten Kita-Gipfel, dessen Ziel es ist, Antworten auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Kitabereich zu finden und daraus praktische Maßnahmen zu generieren. Unser oberstes Ziel muss sein, den Bedarfen der Kitakinder gerecht zu werden.